

übermittelt und erläutert werden müssen, die sie durchführen sollen. Dabei ist auch notwendig, nicht nur ihre politische Bedeutung darzulegen, sondern auch zu zeigen* Wie die Durchführung am besten organisiert und kontrolliert wird und die Ergebnisse auszuwerten sind. Viele Parteileitungen haben immer besser verstanden, in dieser Weise zu arbeiten und besonders den Grundorganisationen für die Durchführung der Beschlüsse die notwendige Hilfe zu geben. Doch es gab noch zu viele Fälle, wo die Organisation der Durchführung der Beschlüsse unzulänglich war oder gar lange Zeit ganz unterblieb. Selbst im Apparat des Zentralkomitees mußten solche Erscheinungen festgestellt werden. So hatte das Politbüro des Zentralkomitees unmittelbar nach dem V. Parteitag einen umfassenden Beschluß zur Verbesserung der Arbeit der literaturverbreitenden Institutionen gefaßt. Die hierfür verantwortlichen Genossen im Apparat des Zentralkomitees haben jedoch erst lange danach - auf Grund einer Prüfung der Zentralen Revisionskommission - begonnen, ernsthafte Schritte zu seiner Realisierung zu unternehmen. Noch kurz vor dem 14. Plenum des Zentralkomitees im Jahre 1961 mußte bei einer erneuten Prüfung der Zentralen Revisionskommission festgestellt werden, daß wichtige Punkte dieses Beschlusses, zum Beispiel hinsichtlich der Literaturpropaganda, völlig ungenügend beachtet worden sind.

Nach Feststellungen der Zentralen Revisionskommission findet seitens der Bezirks- und Kreisleitungen auch der Beschluß des Zentralkomitees über die Bildung und Arbeit der Kommissionen für Parteikontrolle nicht die notwendige Beachtung. Im Punkt 70 des Parteistatuts ist das Recht der Grundorganisationen zur Kontrolle über die Tätigkeit der Betriebsleitungen festgelegt, um der Verantwortung der Partei für den Stand der Arbeit und die Erfüllung der Produktionsaufgaben gerecht werden zu können. Der Beschluß des Zentralkomitees über die Bildung und Arbeit der Kommissionen für Parteikontrolle gibt den Grundorganisationen die Möglichkeit, den Punkt 70 des Statuts konsequenter zu verwirklichen, die Ursachen für Hemmungen und Störungen im Betriebsablauf schneller und gründlicher aufzudecken und entsprechende Maßnahmen für deren Beseitigung zu veranlassen. Es muß jedoch gesagt werden, daß die Prüfungsergebnisse der Revisionskommissionen zeigen, daß die Bezirksleitungen und vor allem die Kreisleitungen den Grundorganisationen nicht in genügendem Maße Anleitung geben, mit Kommissionen für Parteikontrolle zu arbeiten. Die Kreisleitungen müssen in ihr

System der Arbeit auch die ständige Kontrolle der Durchführung dieses außerordentlich wichtigen Beschlusses mit aufnehmen.

Ungenügende Achtung vor Parteibeschlüssen kommt auch darin zum Ausdruck, wenn zum Beispiel Bezirks- und Kreisleitungen Beschlüsse fassen, aber den Grundorganisationen keine Anleitung zu ihrer Durchführung geben, aber nach einiger Zeit zur gleichen Sache einen neuen Beschluß fassen. Das Sekretariat der Bezirksleitung Dresden beschloß am 8. März 1962 konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Führungsarbeit. Eine Überprüfung im Juni 1962 ergab jedoch, daß die Durchführung der festgelegten Maßnahmen nicht organisiert war. Das Büro der Kreisleitung Luckenwalde hat in der Zeit vom Dezember 1961 bis April 1962 50 Beschlüsse gefaßt. Die meisten Beschlüsse hatten jedoch keine Terminstellung, so daß von vornherein »eine planmäßige Kontrolle unmöglich war. Deshalb ist nur ein geringer Teil der Beschlüsse zur Durchführung gekommen.

In den Berichten einer Anzahl von Kreis- und Bezirksrevisionskommissionen an die entsprechenden Delegiertenkonferenzen wurden weitere konkrete Beispiele angeführt. Mit Recht wies die Bezirksrevisionskommission Cottbus in ihrem Bericht darauf hin, daß es gerade die Entschließungen der Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen sind, die oft in der weiteren Arbeit ungenügend beachtet werden.*

Weiter gab es in der Berichtsperiode noch wesentliche Mängel hinsichtlich der Koordinierung der beteiligten Organe bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Beschlüssen sowie hinsichtlich der komplexen Behandlung älter Seiten der Parteiarbeit in den Bezirks- und Kreisleitungen. Es ist auch in dieser Berichtsperiode noch vorgekommen, daß dem Sekretariat bzw. Politbüro des Zentralkomitees Beschlußvorlagen zugeleitet wurden, ohne daß alle für ihre Durchführung in Betracht kommenden Abteilungen davon Kenntnis hatten.

So wurde im Mai 1962 von Seiten der Abteilung Landwirtschaft des Zentralkomitees dem Politbüro eine Vorlage über preis- und handelspolitische Maßnahmen bei Kartoffeln überreicht, ohne daß die Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel des Zentralkomitees vorher davon informiert wurde.

Auch hinsichtlich der finanziellen Aufwendungen, die mit der Durchführung von Beschlüssen verbunden sind, war nicht immer die erforderliche Koordinierung vor-